



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

FRAKTION KOMPAKT

Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion

September - 2024

Ausgabe 11

Deutschland aus der Krise führen

Die AfD-Fraktion bietet Alternativen
zum Finanzchaos und der Misswirtschaft der Ampel



Bildquelle: Adobe Stock / Noppasitw
und Adobe Stock / Xaver Klausner



Auch als digitale Version:

www.afdbundestag.de/fraktionkompakt/

INHALT



ENDSPURT FÜR DEUTSCHLAND

Arbeitsschwerpunkte der
AfD-Bundestagsfraktion 2024/2025



SPERRUNGEN VON BANKKONTEN DER OPPOSITION

Ein unfassbarer Skandal: Sparkassen-Kunden wurden unter Druck gesetzt, wenn sie der AfD spenden wollten. Die AfD-Bundestagsfraktion hat nachgehakt

3 VORWORT

4 DEUTSCHLAND WIEDER IN ORDNUNG BRINGEN

Die AfD-Fraktion legt Konzepte für den dringend notwendigen politischen Neuanfang vor

12 AUF EIN WORT MIT DEN BÜRGERN

Beim diesjährigen Tag der Ein- und Ausblicke im Deutschen Bundestag haben Anfang September wieder zahlreiche Bürger aus ganz Deutschland die Gelegenheit genutzt, mit den Abgeordneten der AfD-Fraktion ins Gespräch zu kommen.

13 »ALIBI-AUFKLÄRUNG« AFGHANISTAN

Der Untersuchungsausschuss zum Abzug aus Afghanistan zeigt die Widersprüche der Erzählung der Bundesregierung zur Realität

16 DIE LOGIK DES VERSAGENS

Die Europäische Union ist in ihrer jetzigen Funktion nicht tragbar. Die AfD-Bundestagsfraktion benennt die gravierenden Fehler der Europäischen Kommission

18 WASSER MARSCH!

Die Nationale Wasserstrategie der Ampelkoalition ist auf dem Prüfstand. Die AfD-Fraktion zeigt auf, was sinnvoll ist und wo die Ideologie beginnt

JETZT ABONNIEREN!

Sie können das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion **kostenfrei abonnieren**.

Sie erhalten dann jede neue Ausgabe von **Fraktion Kompakt** bequem per Post in einem **neutralen Umschlag**.





Eine bessere Politik ist möglich

Angesichts des anhaltenden Chaos, das die Ampelregierung verbreitet und mit dem sie unser Land wirtschaftlich, finanziell und auch gesellschaftlich in eine tiefe Krise gestürzt hat, ist es wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen: Eine andere, eine bessere Politik ist möglich! Es gibt eine Alternative zur unverantwortlichen Politik von SPD, Grünen und FDP, die bewusst in Kauf nehmen, unser Land mit ihren ideologischen Projekten zu spalten und die Bürger gegeneinander auszuspielen.

Die Ampel ist kaum noch in der Lage, einen verfassungsgemäßen Bundeshaushalt vorzulegen. Über Wochen lieferte sich die Bundesregierung ein unwürdiges Gezerre und Geschacher. Konzeptlosigkeit und Uneinigkeit prägen das Bild dieser Regierung. Auch wenn der chronische Streit über den Bundeshaushalt den Eindruck vermittelt, die Kassen des Bundes seien leer, das Gegenteil ist der Fall: Es mangelt nicht am Geld, die Einnahmen des Staates steigen, sie werden nur für die falschen Dinge ausgegeben! Die AfD-Fraktion hat in den zurückliegenden Haushaltsverhandlungen im Deutschen Bundestag mit ihren Vorschlägen mehrfach gezeigt, dass ein solider Haushalt machbar ist, wenn man nur will und mit Vernunft und Sachverstand zu Werke geht.

Mit dieser Ausgabe von »Fraktion Kompakt« möchten wir Sie darüber informieren, wie sich die AfD-Fraktion mit ihren Anträgen und Gesetzesinitiativen im Deutschen Bundestag für eine verlässliche Politik einsetzt, die sich ausschließlich an den Interessen unseres Landes und seiner Bürger orientiert.

Machen Sie sich selbst ein unverfälschtes Bild unserer parlamentarischen Arbeit.

Dr. Alice Weidel MdB
Fraktionsvorsitzende

Tino Chrupalla MdB
Fraktionsvorsitzender

PS: Besuchen Sie auch die Bürgerdialoge der AfD-Bundestagsfraktion, die wir – nicht nur kurz vor Wahlen – in vielen Städten und Gemeinden anbieten. Hier erhalten Sie von unseren Bundestagsabgeordneten Informationen aus erster Hand. Sie sind herzlich eingeladen! <https://afdbundestag.de/veranstaltungen/>



Deut wieder

Die AfD-Fraktion legt Ko

Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl hat die Regierungskoalition aus SPD, Grünen und FDP rettungslos abgewirtschaftet; sie ist inhaltlich, personell und finanziell am Ende. Der Etatentwurf, den die Ampelpartner schließlich zu den Beratungen für den Bundeshaushalt 2025 unter stetem Gezänk und gequälten Verrenkungen vorgelegt haben, ist so schief, überladen und strukturell verfassungswidrig wie die vorangegangenen Haushaltsvorlagen. Die Begrenzung der Schuldenaufnahme, die sogenannte Schuldenbremse, wird mittlerweile zum fünften Mal in Folge nicht eingehalten, setzt man alle Schattenhaushalte und verdeckten Schuldenaufnahmen mit auf die Rechnung.

Obwohl den Bürgern Steuern und Abgaben in Rekordhöhe aufgebürdet werden und sich Schuldenberge auf Schuldenberge türmen, kommt die Bundesregierung mit dem Geld der Steuerzahler nicht aus und rechnet sich mit Luftbuchungen, Gesundbeten und Realitätsverweigerung die Zahlen schön. Sie strapaziert die öffentlichen Finanzen bis zum Zerreißen, um die eigene Klientel und die eigenen ideologischen Projekte ohne wirksame Abstriche zu bedienen. Statt unsinnige Ausgaben zu streichen, operiert der Regierungsentwurf mit »globalen Minderausgaben« in Höhe von zwölf Milliarden Euro, in der Hoffnung, es werde schon nicht alles ausgegeben werden.

Dominiert wird die politische Auseinandersetzung indes von der Debatte um die dramatisch aus dem Ruder gelaufene illegale Migration nach Deutschland. Millionen Zuwanderer sind seit 2015 nach Deutschland gekommen. Fünf Prozent aller Syrer leben inzwischen in unserem Land.

Diese massenhafte Einwanderung hat die deutsche Gesellschaft destabilisiert.

Seit vor neun Jahren die damalige CDU-Kanzlerin Angela Merkel zentrale Rechts- und Verfassungsbestimmungen außer Kraft setzte, hat die Massenmigration die innere Sicherheit in Deutschland zerstört, die Staatsfinanzen zerrüttet, die Wohnungsnot eskaliert und die sozialstaatlichen Systeme heillos überlastet und an den Rand des Zusammenbruchs geführt.

Illegale, regellose Migration hat tödliche Folgen – das kann spätestens seit den terroristischen Messerangriffen von Mannheim und Solingen, die in diesem Jahr das ganze Land erschüttert und aufgerüttelt haben, kein vernünftiger Mensch mehr leugnen. In beiden Fällen waren die mutmaßlichen Täter abgelehnte Asylbewerber, deren Abschiebung von den Behörden versäumt worden war.

Migrantengewalt ist zur Alltagsgeißel geworden. Nichtdeutsche greifen sechsmal häufiger zum Messer und begehen siebenmal häufiger Sexualdelikte als deutsche Staatsangehörige. Die Zahl der Gruppenvergewaltigungen stieg im letzten Jahr auf 761 – mehr als zwei an jedem Tag. Bei 209 Gruppenvergewaltigungen in NRW sind fast drei Viertel der Tatverdächtigen Nichtdeutsche oder haben einen offenkundigen Migrationshintergrund.

Die AfD-Bundestagsfraktion kann für sich in Anspruch nehmen, in der Migrationsfrage von Anfang an Recht gehabt und die richtigen Lösungen vorgeschlagen zu haben. So gut wie alles, was derzeit in der Öffentlichkeit an Maßnahmen gegen illegale

Schland in Ordnung bringen



konzepte für den dringend notwendigen politischen Neuanfang vor

Migration und den Import von Terror und Kriminalität landauf, landab heiß diskutiert wird, wurde in dieser und in der vorangegangenen Wahlperiode bereits von der AfD-Fraktion in Anträgen, Gesetzesentwürfen, Sofortprogrammen und Handlungsplänen ausformuliert, eingebracht und von sämtlichen anderen Fraktionen – Union, SPD, FDP, Linke und Grüne – verhöhnt, als »extremistisch« diffamiert und schließlich pauschal abgelehnt und niedergestimmt.

Tatsächlich haben die migrationspolitischen Vorschläge der AfD-Fraktion nicht nur Vernunft, Recht

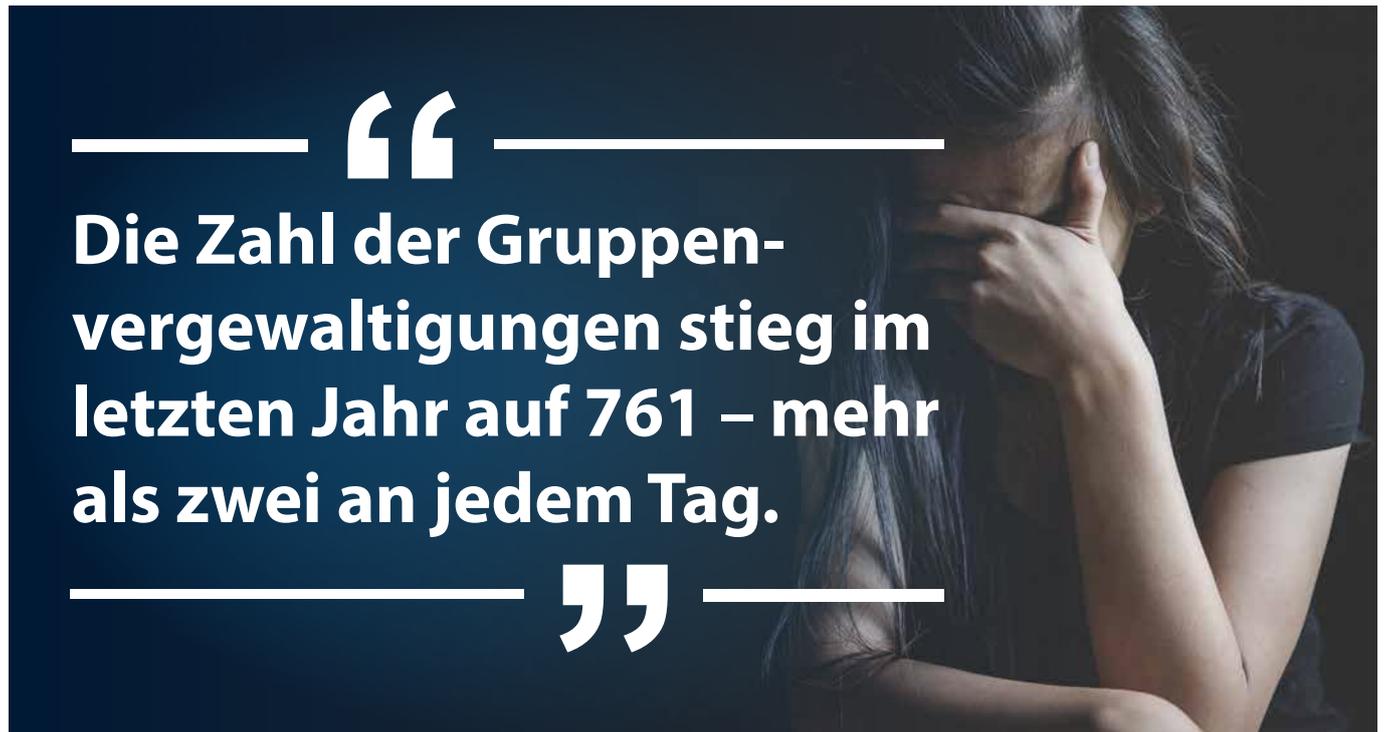
und Verfassung auf ihrer Seite, sondern auch den Wunsch und Willen der übergroßen Mehrheit der deutschen Bürger. Über 80 Prozent der Deutschen befürworten die Abschiebung von Migranten ohne Bleiberecht, fast drei Viertel sprechen sich für Zurückweisungen schon an der Grenze aus.

Diese Zurückweisungen sind auch nach geltendem Recht nicht nur möglich, sondern geboten. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier hat das vor Kurzem wieder bestätigt. Artikel 16 a Grundgesetz sagt klipp und klar: Einreisende Personen aus sicheren Drittstaaten –

— “ —

Die Zahl der Gruppenvergewaltigungen stieg im letzten Jahr auf 761 – mehr als zwei an jedem Tag.

— ” —



und das sind sämtliche deutschen Nachbarstaaten – haben keinen Asylanspruch. Paragraph 18 Asylgesetz legt schwarz auf weiß fest: »Dem Ausländer ist die Einreise zu verweigern, wenn er aus einem sicheren Drittstaat einreist [...]«

Unsere Lösungen sind und bleiben deshalb genauso richtig wie unsere Analyse: Aufnahme- und Einbürgerungsstopp; Schließung der Grenzen; ausnahmslose Zurückweisung aller Illegalen; sofortige Ausweisung aller illegalen Afghanen, Syrer und Iraker; Beendigung der Duldungspolitik gegenüber Ausreisepflichtigen; Beseitigung aller finanziellen, rechtlichen und sozialstaatlichen Migrationsanreize; Umstellung von Geld- auf Sachleistungen; Umbau des Asylrechts zu einer institutionellen Garantie mit strengen und einfachen gesetzlichen Regelungen.

Den mit Händen zu greifenden Niedergang Deutschlands haben die etablierten Parteien gemeinsam zu verantworten. Der Rest der Welt schüttelt den Kopf über das einst blühende und gut funktionierende Deutschland, das seine industrielle und infrastrukturelle Basis, seine Wettbewerbsfähigkeit und seine Energieversorgung selbst zerstört, sein Geld in alle Welt verschleudert und sich von Beuterittern und dreisten Anspruchstellern ungestraft vorführen lässt.

Massenmigration, offene Grenzen und die deutsche Staatsbürgerschaft als Schnäppchen, Energiewen-

de und Atomausstieg, E-Auto-Planwirtschaft, Energieverteuerung und dirigistische Energieverknappung – so gut wie jedes ruinöse Ideologieprojekt, das von der gegenwärtigen Bundesregierung auf die Spitze getrieben wird, hat seinen Ursprung in den Jahren der CDU/CSU-Herrschaft unter Angela Merkel oder wurde in dieser Zeit weiter beschleunigt.

Deutschland hat den zweifelhaften Ruf eines Landes erworben, das seine eigenen Fachkräfte ins Ausland vertreibt, während es Kostgänger und Unqualifizierte in Massen importiert; das Faulheit belohnt und seine fleißigen Bürger auspresst und bestraft; das seine Unternehmen verjagt und seine letzten Ressourcen für ideologische Wolkenkuckucksheime vergeudet.

Als Ergebnis dieser Politik ist die Bundesrepublik Deutschland im Jahr ihres 75-jährigen Bestehens zu einem in weiten Teilen dysfunktionalen Staat geworden, in dem die Bürokratie wuchert und das Wachstum schrumpft, in dem die Steuern in schwindelnde Höhen steigen, während den Bürgern die geschuldete staatliche Gegenleistung vorenthalten wird, in dem die Freiheit schwindet und die Repression immer drückender wird.

Deutschland braucht einen Neuanfang. Den Weg dazu weisen die grundlegenden politischen Positionen der AfD-Bundestagsfraktion, die wir unbeirrt und mit guten Argumenten konsequent vertreten:



- **Bürokratie und Staatseinmischung müssen zurückgebaut werden.** Der öffentliche Dienst muss seine Kernaufgaben erfüllen und sich auf die Erhaltung und Gewährleistung von Infrastruktur, Rechtsstaat sowie innerer und äußerer Sicherheit beschränken, statt als Versorgungs- und Gängelungsapparat missbraucht zu werden.
- **Der Rechtsstaat muss wiederhergestellt werden.** Gleiches Recht für alle vor dem Gesetz statt Sonderrechten für privilegierte Gruppen, Gesinnungsstrafrecht und Meinungskontrolle. Der Missbrauch von Justiz und Inlandsgeheimdienst zur Bekämpfung von Regierungskritikern und innenpolitischen Gegnern muss ein Ende haben.
- **Steuern und Abgaben müssen gesenkt, die öffentlichen Haushalte mit eisernem Besen durchgekämmt, überflüssige Ausgaben rigoros gestrichen werden.** Das Geld der Steuerzahler muss wieder dem Wohl der eigenen Bürger dienen.
- **Wirtschaft braucht Freiheit, von oben verordnete »Transformationen« schaffen Unfreiheit.** Die Politik hat die Wirtschaft nicht zu lenken, sondern dafür zu sorgen, dass die rechtlichen Regeln und Rahmenbedingungen eingehalten werden, die Infrastruktur funktioniert und den weltweit besten Standards entspricht. Marktwirtschaft und freier Handel sind die Grundlagen des Wohlstands und müssen respektiert und durchgesetzt werden.
- **Die »Energiewende« ist gescheitert, eine Fortführung ökonomisch unsinnig.** Statt weitere Milliarden Euro in planwirtschaftliche Experimente zu versenken, gilt es, eine verlässliche Energieversorgung aus günstig verfügbaren grundlastfähigen Energieträgern zu gewährleisten und die Energieerzeugung durch Kernkraft auf höchstem technischen Niveau wieder einzuführen.
- **Schließlich muss der verhängnisvolle Ukraine-Krieg beendet werden.** Weitere Zahlungen in Milliardenhöhe und Waffenlieferungen an die Ukraine verbieten sich schon aus Selbstachtung, solange der Anschlag auf die Nord-Stream-Erdgasleitungen nicht rückhaltlos und vollständig aufgeklärt ist. Deutschland muss sich wieder auf seine wahren außenpolitischen Stärken besinnen: Diplomatie, Vermittlung und Verhandlungskunst.

Die AfD-Bundestagsfraktion steht bereit, die für den Wiederaufstieg Deutschlands notwendigen Reformen anzupacken. Spätestens zu Beginn der nächsten Wahlperiode muss die grundsätzliche Wende in den genannten Bereichen politischen Handelns angestoßen werden, denn weitere Jahre des Abstiegs und des Missmanagements kann unser Land nicht verkraften. Damit sich etwas in Deutschland ändert, sind neue Mehrheiten für eine Regierung unter Führung der AfD notwendig.



Endspurt für Deutschland

Arbeitsschwerpunkte der AfD-Bundestagsfraktion 2024/2025

Nach drei Jahren Ampelregierung befindet sich Deutschland in der schwersten Krise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die Ampel selbst ist zerstritten und in vielen Bereichen geht es mit Deutschland bergab. Die Deindustrialisierung schreitet zusehends voran. Für das letzte Jahr der Wahlperiode bis zur Bundestagswahl 2025 gibt sich die AfD-Bundestagsfraktion daher folgende Arbeitsschwerpunkte:

Schwerpunktbereich Innenpolitik

- **Islamismus bekämpfen, illegale Zuwanderung unterbinden, innere Sicherheit wiederherstellen**

Seit der De-facto-Abschaffung der Grenzen für angebliche Flüchtlinge durch die CDU/CSU/SPD-Regierung im September 2015 verschärfen sich in Deutschland die durch die illegale Masseneinwanderung verursachten Probleme zusehends: Die innere Sicherheit erodiert, islamistischer Terrorismus erschüttert das Land, der politische Islam und der islamistische Antisemitismus treten immer unverhohlener auf.

Die von der Ampelregierung weiter forcierte Einbürgerungspolitik verstetigt diese unhaltbaren Zustände. Im Jahr 2023 wurden in Deutschland über 200.000 Menschen eingebürgert. Mehr als ein Drittel stammt aus Syrien. Durch die am 27. Juni 2024 in Kraft getretene Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts – mit der Möglichkeit einer »Turbo-Einbürgerung« nach nur drei Jahren unter Beibehaltung der alten Staatsangehörigkeit – steigt die Zahl der Anträge noch einmal sprunghaft.

Viele vermeintlich Schutzsuchende, auch aus Afghanistan und Syrien, machen Urlaub in der Heimat, in der sie angeblich bedroht und verfolgt werden. Hinsichtlich der Bedrohungslage in Syrien hat das Oberverwaltungsgericht Münster jetzt auch folgerichtig entschieden, dass dort keine pauschale Gefahr durch einen Bürgerkrieg mehr bestehe. Die bislang gängige Praxis beim BAMF, syrischen Asylbewerbern im Regelfall den sogenannten subsidiären Schutz zuzusprechen, wäre damit hinfällig. Viele der rund eine Million Syrer, die derzeit in Deutschland leben, könnten demzufolge abgeschoben werden.

Die Messer-Kriminalität an deutschen Bahnhöfen nimmt immer drastischere Ausmaße an. 2023 ist die Zahl der Gewaltdelikte mit Messern, die in den Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei fallen, im Vergleich zum Vorjahr um knapp 32 Prozent gestiegen und im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 haben sich die Messerangriffe sogar fast verdoppelt. Allein an Bahnhöfen kommt es im Durchschnitt zu mindestens drei Messer-Straftaten pro Tag.

Forderungen der AfD-Bundestagsfraktion

- 1. Lückenlosen Grenzschutz und konsequente Zurückweisung illegaler Einwanderer ermöglichen:** Grenzen müssen kontrollierbar werden, notfalls auch durch den Einsatz von Grenzzäunen. Jeder, der die Staatsgrenze un-

berechtigt überschreiten will, muss zurückgewiesen werden – selbst dann, wenn er »Asyl« beantragen will. (BT-Drs. 20/3931, 20/6485, 20/11626)

- 2. Abgelehnte Asylbewerber konsequent abschieben:** Wessen Asylantrag abgelehnt ist, muss Deutschland verlassen. Die hierfür auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene nötigen rechtlichen Regelungen können entsprechend angepasst werden. (z. B. BT-Drs. 20/1508, 20/6184, 20/11962)
- 3. Islamismus bekämpfen:** Islamistische Organisationen müssen konsequent auf ein Verbot hin überprüft werden (BT-Drs. 20/11373, 20/11618). Die Einreise islamistischer Prediger muss unterbunden werden. Weiterhin gilt es, die Finanzierung des Islamismus aus dem Ausland auszutrocknen. (BT-Drs. 20/1020)
- 4. Kriminalität bekämpfen:** Eine Null-Toleranz-Politik gegen Kriminalität, bei der auch kleinere Verstöße konsequent geahndet werden, ist dringend geboten. (BT-Drs. 20/4871, 20/7576, 20/11757)
- 5. Anreize zu illegaler Einwanderung (sogenannte Pull-Faktoren) beseitigen:** Keine Asylverfahren für Personen, die aus sicheren Drittstaaten einreisen; keine Asylverfahren für Personen ohne Identitätsdokumente; kein Spurwechsel oder »Chancenaufenthalt« – Asyl darf nicht zum Mittel der dauerhaften Einwanderung werden; keine freiwilligen Aufnahmeprogramme oder Familiennachzug für nur subsidiär Schutzberechtigte; kein Einbürgerungsanspruch für Einwanderer, stattdessen Ermessensentscheidungen im deutschen Interesse; kein Doppelpass; keine Unterstützung oder Duldung von Schleusungen im Mittelmeer. (BT-Drs. 20/4051, 20/4845, 20/9846)



Bild: IMAGO / Europa Press

II Schwerpunktbereich Wirtschaftspolitik

● Deindustrialisierung stoppen – Aufschwung für Deutschland

Die Deindustrialisierung gefährdet Deutschlands Wohlstand. Unternehmen investieren nicht mehr in Deutschland, bauen Arbeitsplätze ab oder verlagern ihre Produktion ins Ausland. Auch der Konsum bleibt verhalten, weil Bürger in eine unsichere Zukunft blicken. Unsere eigenen Fachkräfte wandern wegen mangelnder Perspektiven reihenweise ab. Unsere Wirtschaft stagniert, während alle unsere Nachbarländer ökonomisch wachsen. Das von Bundeskanzler Olaf Scholz und seinem Wirtschaftsminister Robert Habeck wiederholt versprochene neue Wirtschaftswunder tritt nicht ein – im Gegenteil.

Die wirtschaftsfeindliche Politik der Ampel belastet Bürger und Unternehmen durch extrem hohe Steuern und Abgaben sowie eine immer weiter ausufernde Bürokratie über das gebotene Maß hinaus. Hinzu kommt die für ein Industrieland hochgefährliche Verknappung und Verteuerung von Energie. Mit stets neuen planwirtschaftlichen Vorgaben samt Technologieverböten und verfehlten Milliardensubventionen wollen Scholz, Habeck und Lindner den Deutschen eine nicht funktionierende linksgrüne »Transformation« aufzwingen. Deutschland wird als attraktiver Wirtschaftsstandort bald Geschichte sein, wenn wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes nicht schnellstens wiederherstellen.

Forderungen der AfD-Bundestagsfraktion

1. **Alle Weichen auf Freiheit stellen und die fleißigen Bürger und Betriebe durch niedrigere Steuern und Abgaben wieder zum Arbeiten und Investieren in Deutschland ermutigen:** Wir wollen den Einkommensteuerfreibetrag auf 14.000 Euro erhöhen und die Unternehmensteuern auf ein international konkurrenzfähiges Niveau senken. (BT-Drs. 20/11149, 20/11378)
2. **Bezahlbare, wettbewerbsfähige Energiepreise sicherstellen:** Dazu werden wir die CO₂-Bepreisung abschaffen, die Strom- und Energiesteuern massiv senken, die Explosion der Netzentgelte nachhaltig verhindern sowie das Angebot von stabiler Energie durch die Wiederaktivierung der Kernkraftwerke und längere Laufzeiten der Kohlekraftwerke ausweiten. (BT-Drs. 20/2589, 20/9155)
3. **Zur Technologieoffenheit zurückkehren:** Wir werden die ideologischen Verbote des Verbrennungsmotors sowie von Gas- und Ölheizungen abschaffen. (BT-Drs. 20/8741, 20/7357)
4. **Bürokratie endlich spürbar abbauen:** Überflüssige gesetzliche Pflichten für Unternehmen wie das Lieferkettengesetz sowie die Nachhaltigkeitsberichterstattung müssen abgeschafft werden. (BT-Drs. 20/8875, 20/10062)
5. **Dem Fachkräftemangel wirksam begegnen:** Wir wollen mit mehr Netto vom Brutto dafür sorgen, dass gut qualifizierte Deutsche nicht abwandern und ausgewanderte Bürger zurückkehren, weil sich das Arbeiten in der Heimat wieder lohnt. Rentnern wollen wir mit einem zusätzlichen Freibetrag von 12.000 Euro eine attraktive Möglichkeit bieten, weiterhin im Berufsleben aktiv zu bleiben. Mit einer aktivierenden Grundsicherung werden wir außerdem dafür sorgen, dass Hunderttausende arbeitsfähige Bürgergeldempfänger in den Arbeitsmarkt zurückkehren. (BT-Drs. 20/11294, 20/11378)



III. • **Schwerpunktbereich Arbeit und Soziales** **Einen wehrhaften Sozialstaat schaffen – Einwanderung in die Sozialsysteme stoppen**

Zwischen 2013 und 2022 kamen insgesamt fast 14,5 Millionen Ausländer in die EU. Davon suchten sich knapp sechs Millionen (40 Prozent) Deutschland als Zielland aus. Aktuell besitzen 12,3 Millionen Menschen in Deutschland keinen deutschen Pass. Das sind 14,6 Prozent der Bevölkerung und ist EU-Rekord. Auch beim Asyl liegt Deutschland an der Spitze: Insgesamt sind in der EU im Jahr 2023 rund 1,05 Millionen Asylbeantragungen gestellt worden – der höchste Wert seit dem Jahr 2016. Die meisten Asylbewerber stammen aus Syrien, Afghanistan und der Türkei. Auf Deutschland entfielen davon rund 329.000 Erstanträge. (Quelle: Eurostat, 2023)

Diese Spitzenzahlen spiegeln sich auch beim Ausländeranteil im Bürgergeldbezug wider: Nahmen im Jahr 2010 noch 20 Prozent der Ausländer in Deutschland Bürgergeldleistungen bzw. Hartz-IV-Leistungen in Anspruch, so waren es

im Jahr 2023 bereits 47 Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt in BILD vom 06.07.2024). Auch die Gesamtkosten für die Transferleistungen, bei denen besonders das Kindergeld Aufmerksamkeit verdient, schießen durch die Decke. Mittlerweile zahlt der deutsche Staat jährlich 42,6 Milliarden Euro an alle Regelleistungsempfänger aus. 22,7 Milliarden Euro gingen dabei im Jahr 2023 an deutsche Staatsbürger, 19,9 Milliarden Euro wurden an ausländische Bürgergeldempfänger ausgezahlt (BT-Drs. 20/12225). Damit haben sich die Kosten für Ausländer im SGB II seit 2010 fast verdreifacht. Der deutsche Staat zahlte seit 2010 insgesamt rund 152,7 Milliarden Euro an ausländische Bürgergeld- bzw. Hartz-IV-Empfänger aus. Zum Vergleich: Laut dem Deutschen Institut für Urbanistik beträgt der gesamte Investitionsrückstand in Deutschland für Schulen, Straßen, Feuerwehr und den öffentlichen Nahverkehr rund 165,6 Milliarden Euro (Quelle: Institut für Urbanistik in NIUS vom 08.07.2024).

Der allgemeine Kostenanstieg im SGB II ist insbesondere auf den massiven Zuzug von Migranten nach Deutschland seit 2015 zurückzuführen. Während 2010 noch rund 736 Millionen Euro an Leistungsberechtigte aus den acht wichtigsten nichteuropäischen Asylherkunftsländern (Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, Pakistan, Eritrea, Somalia, Nigeria) gezahlt wurden, gingen 2023 bereits 6,4 Milliarden Euro an Bürgergeld-Empfänger aus diesen Herkunftsländern (BT-Drs. 20/12225). Hinzu kommen seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs auch die Geldzahlungen an ukrainische Staatsbürger. Diese beiden Gruppen beanspruchten im vergangenen Jahr rund 12,2 Milliarden Euro des Bürgergelds, was einem Anteil von 61,3 Prozent an den gesamten Bürgergeldausgaben unter Ausländern entspricht. (BT-Drs. 20/12225)

Die Ampelkoalition hat mit der Einführung des Bürgergelds, das nun auch den Ukrainern direkt zusteht, sowie den hohen Leistungen für sowohl anerkannte wie auch abgelehnte Asylbewerber »Pull«-Faktoren geschaffen, die wie ein Sozialstaatsmagnet wirken: Die Sozialleistungen für Flüchtlinge wie Bürgergeld (563 Euro/Monat) bzw. die Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (460 Euro/Monat) übersteigen in den meisten Fällen das Durchschnittseinkommen in den Herkunftsländern und die Hilfeleistungen anderer EU-Staaten. Ein Staat, der sich so leicht ausnehmen lässt, gefährdet seine innere Stabilität und soziale Ordnung.

Forderungen der AfD-Bundestagsfraktion

1. **Strikte Sachleistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge** nach dem Prinzip »Brot, Bett und Seife« (BT-Drs. 20/4051)
2. **Bekämpfung von Pendelmigration und Sozialtourismus** – unter anderem durch die verpflichtende Meldung Nichtdeutscher in den Passagierlisten von Fernbusunternehmen an die Bundespolizei mit der Möglichkeit des Abgleichs durch Jobcenter bei Verdachtsfällen, Einführung digitaler Fingerabdruck-Scanverfahren (BT-Drs. 20/11745)
3. **Bürgergeldleistungen nur für Deutsche** (BT-Drs. 20/4051) – insbesondere Beendigung des Bürgergeldbezugs für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine (BT-Drs. 20/10063)
4. **Aktivierende Grundsicherung für Deutsche statt Bürgergeld für die ganze Welt** – Einführung einer Arbeitspflicht im gemeinnützigen Bereich für Asylbewerber und für erwerbsfähige Empfänger von Bürgergeld nach einer Karenzzeit von sechs Monaten (BT-Drs. 20/3943)

Bild: IMAGO / epd



Quellen:

https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Archive:Statistiken_zu_Wanderungen_und_Migrantenbev%C3%B6lkerung&oldid=292224#:~:text=Wichtigste%20statistische%20Ergebnisse-,Wanderungsstr%C3%B6me,Auswanderer%20einen%20der%20EU%2DMitgliedstaaten

<https://www.bild.de/politik/inland/zuwanderungs-statistik-deutschland-ist-europas-migrations-magnet-nr-1-66867527cc09c475cafe4441>

<https://www.nius.de/analyse/der-grosse-buergergeld-check-seit-2010-zahlte-deutschland-152-7-milliarden-euro-sozialleistungen-an-auslaender/be504b86-daac-46c6-89e9-7b773f944015>

Auf ein Wort mit den Bürgern

Beim diesjährigen Tag der Ein- und Ausblicke im Deutschen Bundestag haben Anfang September wieder zahlreiche Bürger aus ganz Deutschland die Gelegenheit genutzt, mit den Abgeordneten der AfD-Fraktion ins Gespräch zu kommen. Sie konnten sich am Stand der Fraktion im Paul-Löbe-Haus aus erster Hand über unsere Arbeit informieren und gaben ihrerseits zahlreiche wichtige Hinweise und Anregungen – ein Gewinn für beide Seiten.



Hier geht es zum Video:

<https://www.youtube.com/watch?v=heb36C-6fZ0>



»Alibi-Aufklärung«

Afghanistan

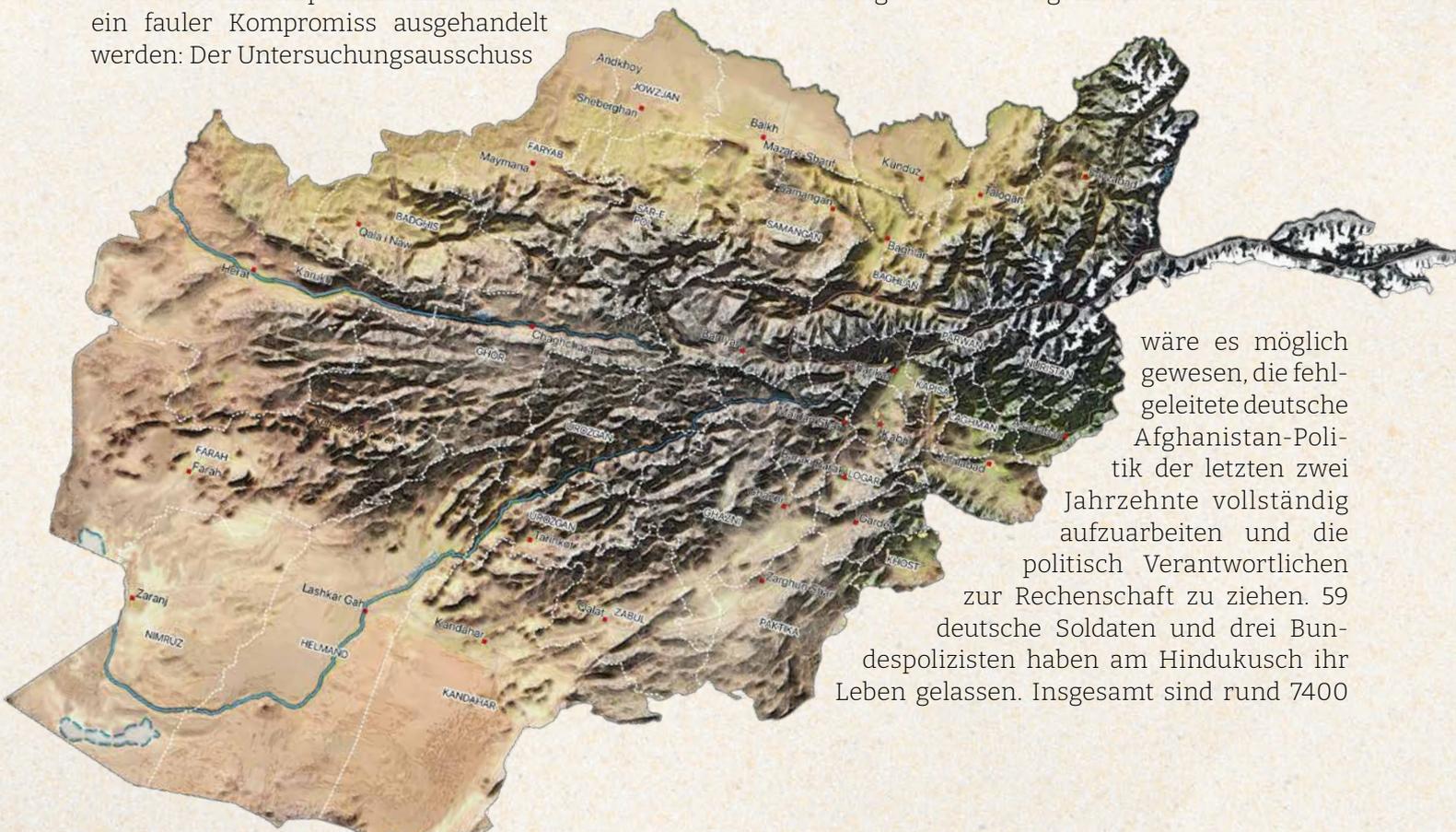
Der Untersuchungsausschuss zum Abzug aus Afghanistan zeigt die Widersprüche der Erzählung der Bundesregierung zur Realität

Seit Herbst 2022 tagt der 1. Untersuchungsausschuss der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, der sich mit den Geschehnissen im Zusammenhang mit dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan befasst. Noch vor der Bundestagswahl 2021 hatten sich die Grünen und die FDP für einen vollständigen Untersuchungsausschuss eingesetzt, dazu etwa Annalena Baerbock: »Liebe SPD, [...] [w]enn Sie aufklären wollen, dann stimmen Sie der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses jetzt noch zu!« Nach der Wahl war davon keine Rede mehr. Erst neun Monate später konnte zwischen den Vertretern der Ampelfraktionen und der Union ein fauler Kompromiss ausgehandelt werden: Der Untersuchungsausschuss

sollte lediglich die letzten anderthalb Jahre des Einsatzzeitraums der Bundeswehr in Afghanistan prüfen, für die Bewertung der Stationierung deutscher Truppen während des gesamten Einsatzzeitraums wurde eine harmlose Enquete-Kommission eingerichtet. Siehe hierzu die Bundestagsdrucksachen 20/2352 (Untersuchungsausschuss) und 20/2570 (Enquete-Kommission).

Im Gegensatz dazu setzte sich die AfD-Bundestagsfraktion mit einem Antrag dafür ein, dass der gesamte Afghanistaneinsatz zum Gegenstand eines Untersuchungsausschusses gemacht wird. Denn nur so

wäre es möglich gewesen, die fehlgeleitete deutsche Afghanistan-Politik der letzten zwei Jahrzehnte vollständig aufzuarbeiten und die politisch Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. 59 deutsche Soldaten und drei Bundespolizisten haben am Hindukusch ihr Leben gelassen. Insgesamt sind rund 7400



alliierte Soldaten und Söldner, 67.000 afghanische Sicherheitskräfte, 47.000 afghanische Zivilisten und mindestens 120.000 regierungsfeindliche Kämpfer in den zwanzig Jahren umgekommen. Die Vier-Parteien-Koalition hatte den gescheiterten Einsatz jedoch euphemistisch stets als »die deutsche Friedensmission in Afghanistan« bezeichnet.

Nicht allein diese offenkundige Verharmlosung und Beschönigung der tatsächlichen Geschehnisse nimmt die AfD-Bundestagsfraktion zum Anlass, die auf der Basis unzähliger Beweismaterialien durchzuführenden Zeugenvernahmen schonungslos, aber stets sachlich aufdeckend zu gestalten. Das sind wir den Gefallenen und deren Angehörigen, aber auch den Steuerzahlern schuldig. Hartnäckige Befragungen vor allem durch die AfD-Fraktion förderten bisher unter anderem folgende Erkenntnisse zutage:

- Der Bundesnachrichtendienst (BND) berichtete seit 2013 über die sich stetig verschlechternde Sicherheitslage und hatte seit 2018 auf die offensichtliche Auflösung der afghanischen Armee hingewiesen. Im November 2020 stuft der BND die totale Machtübernahme der Taliban im Jahr 2022 als das wahrscheinlichste Zukunftsszenario für Afghanistan ein. Die nach der Machtübergabe in Kabul von der Bundesregierung, insbesondere vom damaligen Außenminister Heiko Maas, geäußerte Kritik an der nicht

auf den Tag genauen Vorhersage durch den BND sollte nur vom eigenen Versagen ablenken.

- Im Doha-Abkommen verpflichteten sich die USA, ohne Rücksprache mit Deutschland zu halten, den Taliban die Standorte und Bewegungen der Bundeswehreinheiten sowie deutscher Entwicklungshilfeprojekte anzuzeigen. Damit wurden zumindest potenziell die verbündeten deutschen Kräfte einer Gefahr ausgesetzt.
- Nachdem die Taliban schon vor dem Sommer 2021 wiederholt ankündigten und auch gegenüber deutschen Diplomaten glaubwürdig erklärten, Ortskräfte keinen Repressalien auszusetzen, verkündeten sie im Juni 2021 diesbezüglich sogar eine Generalamnestie. In der Tat ist bis heute keine einzige Ortskraft aufgrund ihrer vorherigen Arbeit für Deutschland in Afghanistan durch die Taliban zu Schaden gekommen. **Eine latente oder konkrete Gefährdungslage besteht für die ehemaligen Ortskräfte der Bundeswehr in Afghanistan nach wie vor nicht.**
- Für die chaotische Lage am Hamid Karzai International Airport in Kabul sind vor allem die USA verantwortlich, die aufgrund von Falschmeldungen die von ihrem Verhandlungsführer Zalmay Khalilzad vereinbarte friedliche Übergabe an die Taliban scheitern ließen.

— “ —

59 deutsche Soldaten und drei Bundespolizisten haben am Hindukusch ihr Leben gelassen.

— ” —

- Deutschland finanzierte und legitimierte, zumindest indirekt, die Taliban aus Steuermitteln.
- Die umstrittene inhaltliche Aufweichung sowie zeitliche Ausweitung der Definition der »Ortskraft« sorgte dafür, dass das sogenannte Ortskräfteverfahren für mit Steuergeldern unterstützte Flugreisen nach Deutschland missbraucht wurde.
- Die von großen Teilen der Medien angeheizte Entscheidung, Zehntausende Afghanen nach Deutschland zu bringen, missachtet die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik und ihrer Bürger.
- Die Bundeswehr flog »5347 Personen aus mindestens 45 Nationen« aus Kabul aus. Davon waren 4296 Afghanen. Allerdings waren nur 231 dieser Afghanen tatsächlich Ortskräfte, 848 davon waren Familienangehörige. Es flogen also mehr als 3200 Afghanen mit der Bundeswehr aus Kabul, die keinen direkten Bezug zu Deutschland hatten, darunter bereits abgeschobene Schwerstkriminelle.
- Der bis 2021 benannte höchste zivile Repräsentant der NATO in Afghanistan sagte aus, dass sich dort wieder über 20 Terrororganisationen angesiedelt hätten und davon auszugehen sei, dass sich dadurch erneut eine Bedrohung realisiere.

Letzteres bestätigen auch die jüngsten terroristischen Aktivitäten des afghanischen Ablegers des Islamischen Staates »Provinz Khorasan« (ISPK) in Europa. Die Terrorgefahr in und vor allem aus Afghanistan existiert weiter. So ist – anders als von Politikern der Ampelregierung und -fraktionen behauptet – auch in dieser Hinsicht der Einsatz in Afghanistan gescheitert.

Die Vertreter der AfD-Bundestagsfraktion werden auch in den weiteren Sitzungen des Untersuchungsausschusses »Afghanistan« beharrlich auf die Offenlegung der tatsächlichen Hintergründe für Entscheidungen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan drängen.



Unser Antrag

Einsetzung eines 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode zum deutschen politisch-militärisch-zivilen Engagement in Afghanistan 2001 bis 2021

Drucksache 20/1867

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/018/2001867.pdf>

Die Logik des Versagens

Die Europäische Union ist in ihrer jetzigen Funktion nicht tragbar. Die AfD-Bundestagsfraktion benennt die gravierenden Fehler der Europäischen Kommission

Von Anfang an war die Europäische Union eine Angelegenheit von Eliten. Diese sehen ihr »Prestige«-Projekt gegenwärtig bedroht. Um es zu verteidigen und seine Legitimität aufrechtzuerhalten, schaffen sie gezielt ein diffuses Bedrohungsszenario aus Kriegsgefahr, Cybercrime oder Terrorismus. Das hierdurch hervorgerufene Ohnmachtsgefühl schränkt jedoch die Fähigkeit ein, adäquate Problemlösungen zu finden.

Die Prozesse in der EU sind gekennzeichnet durch falsche Zielsetzungen, übersehene oder unterschätzte Abhängigkeiten und fehlende Reflexion. Ein Beispiel für eine solche falsche Zielsetzung ist die aktuelle Klimapolitik mit der Überordnung eines selbstauferlegten Klimaziels über alle anderen Politikbereiche. Dies wäre vertretbar, wenn die Klimakrise eine unmittelbare Existenzbedrohung darstellen würde; wie im Falle der Landesverteidigung, der alle anderen Ziele, selbst die körperliche Unversehrtheit und das Leben, untergeordnet werden. Eine vermeintliche Klimakrise ist aber keine existenzielle Bedrohung – und somit auch keine Rechtfertigung für die Vernichtung von Arbeitsplätzen, für wirtschaftlich nicht tragfähige Energiepreise oder für die Zerstörung der Energieinfrastruktur.

Zudem lässt sich feststellen, dass die im Rahmen der Klimapolitik bis dato ergriffenen Maßnahmen – wie Zwang zur Installation von Wärmepumpen, Förderung der Errichtung von Windkraftanlagen und Bevorzugung der E-Mobilität – entgegen allen Behauptungen nicht zur Klimarettung beitragen. Diese höchst kostspieligen Maßnahmen werden durch fragwürdige Gutachten verteidigt, Kritik und alternative politische Standpunkte hierzu systematisch ausgeschlossen. Die diesbezüglich permanent verschärften Ziele und Vorschriften zeugen von einem politischen Leerlauf.

Diese Vorgehensweise beschränkt sich keineswegs auf die Klimapolitik. Die irrationale Politik der Europäischen Kommission zeigt sich ebenso bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie oder dem Ukraine-Krieg. Auch hier wurden und werden Maßnahmen nicht evaluiert und Alternativen nicht geprüft. Ist es sinnvoll, stets das Gleiche zu tun, aber ein anderes Ergebnis zu erwarten? Aus Sicht der Verantwortlichen muss die Antwort »Ja« lauten – denn eine Reflexion der Maßnahmen würde zu Recht deren Sinnhaftigkeit und die Entscheidungskompetenz der involvierten Politiker hinterfragen. Die drängenden Probleme bleiben indes ungelöst.

Wie wirklichkeitsfremd der EU-Apparat ist, wird nicht zuletzt an dem im Jahr 2004 gefassten Ziel deutlich, die EU zur wettbewerbsfähigsten Region weltweit zu machen. In den Jahren 2016 und 2017 wurde zur Realisierung dieses Ziels der »Juncker-Fonds« mit einem Volumen in Höhe von 315 Milliarden Euro aufgelegt. Als das Geld ausgegeben war, gab es laute Jubelrufe. Eine neutrale

Evaluierung des Projekts lässt jedoch bis heute auf sich warten. Der Grund hierfür: Sie würde die gedankenlose Geldvernichtung und die immer weiter sinkende Wettbewerbsfähigkeit der EU offenbaren. Eine ehrliche Analyse dürfte auch die wesentlichen Gründe aufzeigen, warum dieses Projekt zum Scheitern verurteilt war: eine nicht funktionierende Währung, Planwirtschaft, die Klimapolitik, ein überhöhter Staatskonsum und die übermäßige Belastung der arbeitenden Bevölkerung. Doch statt die Maßnahmen zu evaluieren, folgt das nächste planwirtschaftliche Ausgabenprogramm zur Klimaretterung namens »NextGenerationEU« mit einem Volumen in Höhe von 750 Milliarden Euro. Dieses Programm ist seinerseits so dysfunktional, dass bereits das Geldausgeben Probleme bereitet.

Die AfD-Bundestagsfraktion wehrt sich gegen diesen Zentralismus, der unsere Souveränität und damit die Demokratie untergräbt. Aus diesem Grund forderte sie jüngst die Beendigung der Territorialen Agenda der EU. Als Reaktion auf diese Forderung wurde kurzerhand heimlich ein Zielwechsel vollzogen – von der wirtschaftlich führenden Region zur führenden Region im Klimaschutz. Sollten bisher wirtschaftlich überlegene Produkte angeboten werden, so will man sich künftig auf wirtschaftlich nicht tragfähige Produkte konzentrieren. War das ursprüngliche Ziel der Wohlstand, so ist es jetzt die Verarmung.

Auch in der Außenpolitik der Europäischen Union hat ein Zielwechsel stattgefunden. Der Westen konkurriert mit seinem Entwicklungshilfe-Modell – das sich gegen eine Ausbeutung der Rohstoffquellen ausspricht, aber für eine Bevormundung der Entwicklungsländer (Werteexport) – mit dem Modell der BRICS-Staaten, das eine wirtschaftliche Perspektive durch eine Ergänzung der Rohstoffquellen mit industrieller Verarbeitung

ohne jegliche Bevormundung ermöglicht. Das Angebot der BRICS-Staaten ist attraktiver. Was macht die EU? Sie gibt ein neues Ziel aus und widmet sich nun dem Weltraum.

Die Prozesse in der EU sind gekennzeichnet durch falsche Zielsetzungen, übersehene oder unterschätzte Abhängigkeiten und fehlende Reflexion.

Neben dem Weltraum macht neuerdings auch das Thema Resilienz die Runde. Die Pläne zur Stärkung der Resilienz der EU gegenüber künftigen Herausforderungen sind letztlich nichts anderes als der Versuch, sich vorsorglich von der Schuld an einem möglichen Untergang freizusprechen. Und sie zeigen auf, dass nicht die angestrebte Klimaneutralität oder das Wohlergehen der Menschen Ziele dieser Anstrengungen sind, sondern der Erhalt der EU aus Selbstzweck.

Die EU hat eine Logik des Versagens entwickelt. Es gilt nur noch, die EU um ihrer selbst willen zu erhalten. Die EU wird nicht durch das Einwirken äußerer Kräfte oder infolge interner Kritik scheitern, sondern aufgrund inneren Zerfalls.



Unser Antrag

Die Territoriale Agenda der Europäischen Union beenden – Eine selbstbestimmte Raumentwicklung Deutschlands sicherstellen

Drucksache 20/11449

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/114/2011449.pdf>

Wasser marsch!



Die Nationale Wasserstrategie der Ampelkoalition ist auf dem Prüfstand. Die AfD-Fraktion zeigt auf, was sinnvoll ist und wo die Ideologie beginnt

Eine »sozial-ökologische Transformation« Deutschlands lehnt die AfD-Bundestagsfraktion entschieden ab – ganz egal, in welchem Gewand sie daherkommt. Die Nationale Wasserstrategie der Bundesregierung (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/061/2006110.pdf>) beschreibt auf 120 Seiten ein in 78 Einzelmaßnahmen gegliedertes Großprojekt, Deutschlands Oberflächengewässer, Grundwasser, Frischwässer und Abwässer wieder naturnah herzustellen und die Wasserversorgung zu gewährleisten. Ein großer Anspruch, aber auch ein großer Wurf?

Zweifel sind angebracht: Zum einen sind einige Grundannahmen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der nationalen Wasserstrategie falsch und zum anderen gefährden »grüne« Großprojekte in der Regel die Versorgungssicherheit unserer Bürger und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wie problematisch sich die ohnehin schon starke Einschränkung des Einsatzes von Dünger und Pflanzenschutzmittel sowie die drastische Absenkung von Grenzwerten auf die Landwirtschaft und Industrie auswirken, lässt sich am Höfesterben und am Fabrikenexodus erkennen. Dem wollen wir keinen Vorschub leisten.

Unsere Gewässer sind zwar immer noch in keinem guten Zustand, aber dieser hat sich in den letzten Jahrzehnten stetig verbessert. Unsere Wasserversorgung ist und war zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Anders als die Bundesregierung unterstellt, ist Wasserarmut kein nationales, sondern ein regionales Problem. Die Herausforderungen für Brandenburg

sind andere als für Baden-Württemberg. Die nationale Wasserstrategie müsste dieser Tatsache stärker Rechnung tragen, indem der Schwerpunkt der Maßnahmen auf die Aufbereitung von Abwässern und die Verteilung von Frischwässern gelegt wird. In diesem Zusammenhang erweist sich die katastrophale Energiepolitik der Bundespolitik als zusätzliches Problem. Insbesondere »grüne« Großprojekte wie der erfolgte Bau und Betrieb der Tesla-Fabrik in Brandenburg oder die geplante massenhafte Herstellung von Wasserstoff durch Elektrolyse verschärfen die regionale Wasserarmut. Nicht nur die Aufbereitung, sondern auch der Transport des Wassers benötigt viel Energie. Aus diesem Grund wird die nationale Wasserstrategie unweigerlich zur Verteuerung des Wassers führen. Auch die Pläne der Bundesregierung, Entgelte für die Entnahme von Wasser weiterzuentwickeln und das Verursacherprinzip auf die Hersteller abzuwälzen, werden die Kosten für Trinkwasser und Abwässer weiter in die Höhe treiben.

Des Weiteren möchte die Bundesregierung große Teile Deutschlands zu Mooren wiedervernässen. Allerdings dauert dieser Prozess Hunderte Jahre. In dieser Zeit binden sie kaum CO₂, zumal Deutschland auch nur einen Anteil von 0,3 Prozent an den weltweiten Moorflächen hat. Damit werden die ohnehin schon bestehenden Flächennutzungskonflikte weiter angeheizt. Knappe und kostbare Flächen, die bislang überwiegend der existenziellen Lebensmittelproduktion dienen, für den ausufernden Klimaschutz zu zweckentfremden, ist völlig unverantwortlich.



Als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag kritisieren wir, dass sich der real existierende Klimaschutz schädlich auf den Umweltschutz auswirkt.



Doch den Bauern droht noch weiteres Ungemach: Sie sollen noch weniger Dünger und Pflanzenschutzmittel einsetzen dürfen, was die Erntemengen weiter sinken lassen und die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln weiter gefährden würde. Zudem ist die von der Bundesregierung propagierte Paludikultur auf den wiederzuvernässenden Flächen wirtschaftlich nicht wettbewerbsfähig.

Trotz allem sind einige Maßnahmen der nationalen Wasserstrategie richtig und wichtig. Deshalb schlagen wir eine andere Schwerpunktsetzung vor. Wir wollen

- die Verteilung von Wasser zwischen wasserreichen und wasserarmen Regionen mittels Fernwasserleitungen;
- die Einleitung von gereinigten Abwässern in das Grundwasser wasserarmer Regionen;
- das Auffangen von Wasser in niederschlagsreichen Monaten zur Nutzung in niederschlagsarmen Monaten und
- die Sauberhaltung des Wassers fördern.

Über diese Schwerpunkte hinaus können weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes herbeigeführt werden. Eine Abwägung zwischen den Belangen der verschiedenen Stakeholdergruppen und dem Umweltschutz muss ausgewogen erfolgen. Wir setzen uns insbesondere für die schnelle Sanierung der maroden Abwasserleitungen ein, durch die Schadstoffe ins Grundwasser gelangen. Weiterhin

fordern wir die Einführung einer vierten Klärstufe in allen größeren Klärwerken zur Abscheidung von Giftstoffen, Medikamentenresten, Mikroplastik und langlebigen Chemikalien. Die von der Europäischen Kommission geplante Null-Schadstoff-Strategie halten wir jedoch für illusorisch.

Wichtig ist uns auch der Meeresschutz, insbesondere unter dem Aspekt des Baus und Betriebs von Windkraftanlagen in der Nord- und Ostsee. Als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag kritisieren wir, dass sich der real existierende Klimaschutz schädlich auf den Umweltschutz auswirkt. Doch die Bundesregierung opfert auch hier wieder einmal den Umweltschutz auf dem Altar der sogenannten Energiewende. Stattdessen wollen wir unsere Meeresvögel und -säugetiere vor diesen energiewirtschaftlich nutzlosen und ökologisch schädlichen Flächenverbrauchsenergien schützen.



Unser Antrag

Deutsche Kulturlandschaften verteidigen – Flächenfraß und visuelle Raumnahme der Wind- und Solarindustrie bekämpfen

Drucksache 20/9799

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/097/2009799.pdf>



Sperrungen von Bankkonten der Opposition

Ein unfassbarer Skandal: Sparkassen-Kunden wurden unter Druck gesetzt, wenn sie der AfD spenden wollten. Die AfD-Bundestagsfraktion hat nachgehakt

Die Versuche, die politische Tätigkeit von missliebigen Personen, Medien, Unternehmen oder eben Parteien und Fraktionen durch Kontokündigungen oder Drohungen zu unterbinden, nehmen seit einigen Jahren deutlich zu. Dass AfD-nahen Einrichtungen oder AfD-Fraktionen auf kommunaler und Bundesebene Konten gekündigt werden (De-Banking) oder die Eröffnung von Konten massiv erschwert wird, haben viele AfD-Verantwortliche und -Unterstützer bereits erfahren müssen.

Der neue Präsident des Sparkassenverbandes und Mitglied der CSU Helmut Reuter macht auch gar keinen Hehl mehr daraus und verkündete im Januar 2024, dass »die AfD bei den Sparkassen alles andere als willkommen« sei und sie – auf die AfD unlauter anspielend – »extremen Parteien« weder freundlich entgegenzutreten noch guten Service bieten müssten. Die Sparkasse Mittelfranken Süd setzte die neue Strategie des Sparkassenverbandes offensichtlich sogleich um und teilte im Februar 2024 einem ihrer Kunden, der 430 Euro Mitgliedsbeitrag plus Spende an die AfD überweisen wollte, postalisch mit, dass der »Zahlungsempfänger eine rechtsextremistische Ausrichtung« habe und er solche Zahlungen im eigenen Interesse einstellen solle, weil die Sparkasse Zahlungen dieser Art, also Zahlungen an die angeblich »rechtsextremistische« AfD, nicht akzeptiere.

Nachdem dieser »Drohbrief« über diverse Medien öffentlich wurde, teilte die Sparkasse Mittelfranken

Süd am 14. Februar 2024 über TikTok mit, dass hier lediglich ein menschliches Versehen vorliege, sie die wahrgenommene Wirkung bedauern würde und sich bei dem betroffenen Kunden bereits entschuldigt habe. Selbst der FDP-Bundestagsabgeordnete und Vizepräsident des Bundestages Wolfgang Ku-



bicki forderte daraufhin, dass dieser Fall aufgeklärt werden müsse, »denn solch ein Schreiben verfasst und versendet man in der Regel nicht aus ›Versehen‹. Man [...] [müsse] kein Freund der AfD sein, um festzustellen, dass ein solches Drohschreiben nichts mit einer demokratischen Auseinandersetzung zu tun [...] [habe].«

Was der Vizepräsident des Bundestages Wolfgang Kubicki zu diesem Zeitpunkt noch nicht wusste, war, dass der AfD-Fraktion bereits Informationen eines Whistleblowers vorlagen, die belegen, dass es sich nicht um »menschliches Versagen« einer einzelnen Sparkassen-Mitarbeiterin gehandelt hat, sondern um das systematische Vorgehen unterschiedlicher Personen, die mittels Sparkassen-Software Zahlungsströme unter dem Vorwand der Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung überwachten. Der finanzpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Verwaltungsrates der Bankenaufsichtsbehörde BaFin Kay Gottschalk MdB nahm sich dieses Vorgangs an und setzte die ihm zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mittel ein, um diesen Sachverhalt aufzuklären und um insbesondere diesen skandalösen demokratiegefährdenden Praktiken der Sparkassen endlich ein Ende zu setzen.

Zunächst schrieb er den Präsidenten der Sparkasse Mittelfranken Süd sowie den Präsidenten des Sparkassenverbandes an und fragte nach, ob nicht doch ein systematischer Verstoß gegen das Neutralitätsgebot öffentlicher Finanzinstitute erkennbar sei, wie aus offenen Fragen der Presse zu schließen sei. Außerdem richtete er – parallel zur Beauftragung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 3 – 3000 – 027/24 und WD 4 – 3000 – 018/24) – eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 20/10793) mit der Bitte um Auskunft darüber, was sie über die Vorgänge wisse und wie das Neutralitätsgebot öffentlicher Finanzinstitute konkret ausgeprägt sei. Der Präsident der Sparkasse Mittelfranken Süd beharrte im Einklang mit dem Sparkassenverbandspräsidenten auch nach weiterer Nachfrage darauf, dass es sich hier nur um einen bedauerlichen Einzelfall und menschliches Versagen gehandelt habe; beide blieben Antworten auf die weiteren Fragen allerdings schuldig. Die Bundesregierung verwies auf die Auskunft der BaFin, dass der Vorgang abgeschlossen sei, da sich die Sparkasse bereits mit dem Hinweis auf das Vorliegen menschlichen Versagens entschuldigt habe.





Unsere Pressemitteilung

BaFin muss Hintergründe des Sparkassen-Drohbriefs aufklären

<https://afdbundestag.de/kay-gottschalk-bafin-muss-hintergruende-des-sparkassen-drohbriefs-aufklaeren/>



Unsere Pressemitteilung

Bundesregierung soll helfen, Verstoß von Sparkassen gegen das Neutralitätsgebot aufzuklären

<https://afdbundestag.de/kay-gottschalk-bundesregierung-soll-helfen-verstoss-von-sparkassen-gegen-das-neutralitaetsgebot-aufzuklaeren/>



Unsere Kleine Anfrage

Drohbrief einer Sparkasse wegen AfD-Spende und Vorhaben der Bundesregierung zur Kompetenzerweiterung des Bundesamts für Verfassungsschutz hinsichtlich der Überwachung und Einschränkung von Finanztransaktionen politischer Organisationen

Drucksache 20/10558

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/105/2010558.pdf>

Daraufhin wurde ein Interview, das die Redaktion des TV-Kanals der AfD-Bundestagsfraktion mit dem Whistleblower anonymisiert geführt hatte, veröffentlicht. In dem Interview konnte das Argument der Sparkasse, es habe sich um ein »menschliches Versehen« gehandelt, anhand von Sparkassen-internen Unterlagen widerlegt werden. Diese Dokumente wurden anschließend an die Presse und die BaFin weitergeleitet. Die BaFin nahm aufgrund der neuen Informationslage tatsächlich Untersuchungen auf. Die Informationen des Whistleblowers erzielten eine erhebliche Wirkung. Die Presse berichtete darüber, »[w]ie sich eine Sparkasse gegenüber der AfD bis auf die Knochen blamiert« (Focus online, 27.03.2024).

Die AfD-Fraktion meldete das Thema zur Selbstbefassung im Finanzausschuss des Bundestages an (TOP 6 der 88. Sitzung des Finanzausschusses) und bat darüber hinaus Bundesfinanzminister Christian Lindner öffentlich darum, den Ausschuss darin zu unterstützen, die »Einhaltung des Neutralitätsgebotes öffentlicher Finanzinstitute« als Thema auf die Tagesordnung der anstehenden Verwaltungsratssitzung der BaFin zu setzen. Wir können an dieser Stelle leider nicht über die entsprechenden Beratungen im Finanzausschuss und im Verwaltungsrat der BaFin berichten, da die Sitzungen des Finanzausschusses entgegen dem Wunsch der AfD-Fraktion in nichtöffentlicher Sitzung stattfinden und die Verwaltungsratssitzungen der BaFin gänzlich der Geheimhaltung unterliegen.

Die AfD-Bundestagsfraktion wird weiter beobachten, wie sich die Sparkassen und andere Banken verhalten. Es wurde allerdings deutlich, dass die BaFin erst dann umfassende Untersuchungen gegen ganze Bankengruppen aufnimmt, wenn ihr zahlreiche Beschwerden von Verbraucherschutzverbänden und Betroffenen vorliegen. Es gilt daher für uns, entsprechende Verstöße gegen das Neutralitätsgebot öffentlicher Finanzinstitute oder Antidiskriminierungs- und andere Vorschriften zu sammeln und zu melden, um die BaFin zum Handeln zu bewegen und auf diese Weise dem De-Banking der Opposition in Deutschland bankenaufsichtsrechtlich und medial entgegenzutreten.



IMPRESSUM

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Dr. Götz Frömming MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:

Pressestelle und Mediengestaltung

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: September 2024

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)
-  [fb.com/AfDimBundestag](https://www.facebook.com/AfDimBundestag)
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://www.youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [instagram.com/
afdimbundestag/](https://www.instagram.com/afdimbundestag/)
-  [tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag](https://www.tiktok.com/@afdfraktionimbundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:
<https://t1p.de/ycsg>

